

Bürgerinitiative kam Planung auf die Spur

„Gotthard-Tunnel“ für Halde?

KVR: War nur ein Denkmodell

In Auftrag gegebener Plan wird „nicht weitergedacht“

HERTEN. (sp) Es hört sich an wie Utopie: Der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) hat einen Landschaftsarchitekten ein Modell für eine Großhalde auf Hertener Gebiet entwickeln lassen, die alles bisher Dagewesene übertrifft. Danach sollte nicht nur östlich der Ewaldstraße gekippt werden - der Plan des Regierungspräsidenten - und nicht nur westlich der Ewaldstraße bis hin zum Ewaldsee - diese zusätzliche Kippfläche war schon mehrfach im Gespräch - sondern auch noch über der Ewaldstraße. Ein Tunnelbauwerk von rund 1 Kilometer Länge sollte nach diesem Plan die vierspurige Straße zwischen Zechenbahn und Stadtgrenze Wanne-Eickel überspannen und so eine Verbindung der beiden riesigen Halden möglich machen. Gestern wollte der KVR auf Anfrage unserer Zeitung nichts mehr von diesem Modell wissen. Pressesprecher Peter Kickuth: „Von dieser Planung kann keine Rede mehr sein.“

Fest steht: Der KVR hat diese Planung so ernst genommen, daß er das Modell nicht etwa in der Schublade ließ, sondern es bereits im April in einem Behördengespräch mit der

Stadt Herten durch den Landschaftsarchitekten vorstellen ließ.

Fest steht auch, daß nach unseren Informationen der Landschaftsarchitekt die Pläne noch nicht in den

Papierkorb geworfen hat. Immerhin wären auch Gelsenkirchen (Problem Scholven und Oberfeldingen) und der KVR selbst (Rückstände vom Rohstoff-Rückgewinnungszentrum und Problem Deponie Emscherbruch) durchaus an einer solchen Großlösung interessiert. Ob man dabei einmal an die Kosten gedacht hat, ist eine andere Frage.

Dennoch: Der KVR ließ gestern versichern, das „Tunnel-Modell“ werde nicht mehr weitergedacht. Vielmehr werde man vermutlich Ende des Monats Modelluntersuchungen vorlegen, die sich lediglich auf die vom Regierungspräsidenten vorgesehene Fläche östlich der Ewaldstraße bezöge. „Als Grundlage für die Beratungen im Bezirksplanungsrat.“

Aufmerksam auf die Planung des „Gotthard-Tunnels“ war die Bürgerinitiative Halde geworden. Sie will auch - unabhängig von der jetzigen Stellungnahme des KVR - mit einem Stand am kommenden Samstag die Bürger über dieses „Denkmodell“ informieren. Zwischen 15.30 und 22 Uhr stehen Mitglieder der Initiative an der Antoniusstraße zum Gespräch zur Verfügung.

Theo Ahmann:

8/9. 8. 81. H.F.

„Innenminister kennt nicht Methoden der Bergbaugewaltigen“

Antwort aus Bonn zur Verwertung von Haldenmaterial

HERTEN. Der Bundes-Innenminister, Gerhart Baum, schickte dem Scherlebecker CDU-Ratsherrn Theo Ahmann einen Antwortbrief. Ahmann hatte, wie wir bereits berichteten, den Vorschlag gemacht, Haldenmaterial zum Deichbau zu verwenden. Von dieser Möglichkeit setzte er auch den Minister in Kenntnis und dieser sprach ihm nun schriftlich seinen Dank für das „große Engagement“ aus.

Gerhart Baum teilt seine grundsätzliche Haltung zum Haldenproblem in dem Schreiben mit: „Die Anlegung von Bergehalden kann eine Reihe von Beeinträchtigungen für die davon betroffenen Bürger und die Umwelt mit sich bringen. Ich halte es daher für vordringlich, die Menge der anfallenden Berge durch verstärkte Anwendung der Versatztechnik weiter zu reduzieren.“

Daneben begrüße ich alle anderen Überlegungen und Entwicklungsvorhaben, die eine wirtschaftlich sinnvolle Verwertung von Bergematerial, z.B. für den Deichbau, Dammbau, Straßenbau, wie dies gegewärtig teilweise schon geschieht, zum Gegenstand haben. Bereits in dem 1975 von der Bundesregierung beschlossenen Abfallwirtschaftsprogramm wird die möglichst weitgehende Verwertung von Abfällen zu einem vordringlichen Ziel erklärt.

Ihren Vorschlag, der mir aus ökologischer Sicht nicht unproblematisch erscheint (Beeinträchtigung des Wattenmeeres, z.B. durch Freiwerden von Schwermetallen), werde ich als Beitrag zur Suche nach Lösungen in die Erörterungen, die mit den zuständigen Landesbehörden geführt werden, einbringen.

Aus technischen und wirtschaftlichen Gründen habe ich allerdings

nach Fühlungnahme mit dem Bundesminister für Wirtschaft Zweifel, daß sich auf absehbare Zeit die Anlegung von Bergehalden ganz vermeiden läßt. In diesen Fällen steht mit dem Raumordnungs- und Planungsrecht ein geeignetes Instrumentarium zur Verfügung, auf regionaler und kommunaler Ebene bei der Standortwahl von Bergehalden den Belangen der betroffenen Bevölkerung, des Umweltschutzes und der Landschaftspflege angemessen Rechnung zu tragen.“

Theo Ahmann ließ diesen Brief nicht unkommentiert und meint: „Der Herr Innenminister kennt wohl die Methoden nicht, mit denen die Bergbaugewaltigen und ihre Polit-Steiger vorgehen, wenn es für diese darum geht, kapitalwirtschaftliche Interessen durchzusetzen, denn der Anteil des Bergbaues an der Gesamtenergieerzeugung in der Bundesrepublik beträgt nicht einmal 15 Prozent, der Anteil der Umweltzerstörung und der Umweltverschmutzung im Land NW jedoch mehr als 50 Prozent.“

Der Arbeitsmarktanteil des Bergbaues beträgt kaum mehr als 5 Prozent. Im übrigen habe ich erhebliche Zweifel, ob Innenminister Baum seinen großen Worten zum Umweltschutz auch Taten folgen läßt.“

Verfälschung der Kostenrechnung

Die Bürgerinitiative „Halden“ antwortet auf eine Stellungnahme des CDU-Kreistagsabgeordneten Eberhard Ullrich (WAZ vom 5. Juni „Halden nötig“). Es heißt wörtlich:

„Wir freuen uns sehr über Ihren Brief, weil wir darin Ihre Bereitschaft erkennen, mit uns in einen inhaltlichen Dialog einzutreten. Dieses Verhalten beurteilen wir deshalb so positiv, weil uns dabei die Möglichkeit gegeben wird, den Informationsstand unserer Gesprächspartner kennenzulernen und gegebenenfalls auch korrigieren zu können.“

Ihre Charakterisierung unseres Aufsatzes über den Blasversatz als ‚Pamphlet‘ löste bei uns Verwunderung und Empörung aus, da wir diesen Aufsatz als eine Aufklärungsschrift verstehen. Es geht uns vor allem darum zu zeigen, daß ein Satz, wie ‚Halden sind nicht zu vermeiden‘, mit diesem Absolutheitsanspruch

nicht richtig ist, daß ein solcher Satz verhindern soll, über mögliche Alternativen nachzudenken.

Möglichkeiten der Verringerung der anfallenden Bergemassen bietet unserer Meinung nach der Blasversatz. Nicht die Rückkehr zur Spitzhacke, sondern die Einführung des Blasversatzes und die verstärkte Rückbringung

Leserbriefe

der Bergematerialien nach unter Tage ist unser Vorschlag. Die Kapazität der bereits heute genehmigten Halden würden auf Jahre noch die restlichen Bergemengen aufnehmen können, ohne die Bereitstellung neuer Flächen notwendig zu machen.

Überlegungen des Bergbaus, den Blasversatz auch dort einzusetzen, wo nicht nur geologische Schwierigkeiten zu meistern sind (Zeche Hugo), sondern auch als Möglich-

keit der Humanisierung des Arbeitsplatzes oder auch um Kosten zu senken, sind zu unterstützen.

Wir beurteilen keineswegs wirtschaftliches Denken als negativ. Unsere Kritik setzt bei der Verfälschung der Kostenrechnung des Bergbaus an, die durch eine Subventionierung der falschen Kostenstellen den Steuerzahler viel Geld kostet. Wir beklagen die schizophrene Situation, daß der Staat den Bergbau an zwei Stellen subventioniert, die sich gegenseitig neutralisieren. Die Steuergelder, die heute noch ausgegeben werden, um Halden aufzuschütten, sollten unserer Meinung nach zusätzlich für die Verbesserung des Blasversatzes ausgegeben werden. Sind aber erst einmal die staatlich subventionierten Haldenflächen bereitgestellt, so fällt auch der Anreiz für den Bergbau weg, nach marktwirtschaftlichen Prinzipien eine vernünftiger, wirtschaftlichere Lösung zu suchen. Sie sehen, Herr Ullrich, daß in der Tat in diesem Fall mehr Marktwirtschaft für den Bürger von Vorteil wäre.

Wir hoffen, daß wir ihre Kritikpunkte an unserem Aufsatz auch in Ihrem Sinne ausräumen konnten. Wenn Sie unseren Aufsatz noch einmal in Ruhe lesen, werden Sie feststellen, daß Ihre Kritik nicht ganz stichhaltig ist. Möglicherweise waren einige Formulierungen von uns in dem Aufsatz mißverständlich, so daß Sie falsche Schlußfolgerungen ziehen mußten. Wir begrüßen es deshalb, daß Sie mit uns in einen Dialog getreten sind. Würden sich alle Politiker so verhalten, wären bestimmt schon mehr Mißverständnisse aus der Welt. Selbstverständlich stehen wir Ihnen für weitere Rückfragen, wenn Sie wollen auch persönlich, zur Verfügung.“



Goldhochzeit feiern heute Heinrich (81) und Else Tripp (74), Westerholt, Kuhstraße 10. Heinrich Tripp war Fahrsteiger auf der Zeche Westerholt. Drei Töchter und Schwiegersöhne sowie sieben Enkelkinder gratulieren heute. Besonders erfreut ist das Jubelpaar, daß Tochter Hannelore in diesen Tagen Schützenkaiserin bei der Schützengilde wurde. (WAZ-Bild: Schweizer)

RAG-Arbeitsdirektor Fritz Ziegler

15.7.81

H.A.

Ruhrkohle will in nächsten 10 Jahren 3000 Wohnungen bauen

Außerdem großes Modernisierungsprogramm beschlossen

HERTEN. (sp) Die Ruhrkohle AG (RAG) will in den nächsten zehn Jahren im Bereich rund um die drei Hertener Schachtanlagen 3000 neue Wohnungen für ihre Beschäftigten bauen. Dies war wohl die wichtigste Nachricht, die gestern RAG-Arbeitsdirektor Fritz Ziegler bei einem Besuch unserer Stadt im Koffer hatte. Ziegler, von 1950 bis 1965 - zuletzt als Sieger - auf der Hertener Zeche Ewald tätig, nutzte die Gelegenheit, nach einer Grubenfahrt auf „seiner“ alten Zeche mit dem Bürgermeister, den Fraktionsvorsitzenden und den Dezernenten unserer Stadt über Bergbauthemen zu sprechen. Der Bergarbeiter-Wohnungsbau und der hohe Bevölkerungsanteil ausländischer Bergarbeiter standen dabei im Mittelpunkt. Begleitet wurde Ziegler von Hans Holobar (Vorstand BAG Lippe), Alfons von Brock (Leiter des Personalwesens RAG), Heinz Klein (Leiter Wohnungswirtschaft RAG) und Heinz Preuß (Gesamtbetriebsrats-Vorsitzender BAG Lippe).

Nach dem fast zweistündigen Gespräch machte Fritz Ziegler deutlich, wie sehr Herten vom Bergbau geprägt ist. Jeder 7. Hertener ist im Bergbau beschäftigt. Von den Er-

werbspersonen arbeiten über 70 Prozent auf einer der drei Zechen. Über 27 Prozent der Wohnungen werden von Bergleuten genutzt. „In Abstimmung mit unserer Produktionszielen

wollen wir diesen Wohnungsbestand in den nächsten 10 Jahren um weitere 3000 Einheiten aufstocken,“ betonte Ziegler. Wohnungen, von denen ein Großteil auf Hertener Gebiet entstehen dürfte. Mehr als 5000 Altbauwohnungen sollen außerdem modernisiert werden, wobei Bürgermeister Wessel darauf hinwies, daß dabei dennoch erträgliche Mieten oberstes Ziel sein müßten.

Die Modernisierung soll außerdem auch die Sozialstruktur jener Gebiete verändern, die in den letzten Jahren fast schon zu einem Ghetto für türkische Bergleute geworden sind. Ziegler, der davon ausgeht, daß der Anteil der Türken in den nächsten Jahren sinkt: „Hier muß im Zusammenleben von Deutschen und Türken eine Fülle von Barrieren abgebaut werden.“ Auch in diesem Punkt hoffe er auf eine gute Zusammenarbeit mit der Stadt, die sich schon in Kürze bei zwei konkreten Maßnahmen bewähren soll. Wessel betonte, es sei jedoch deutlich geworden, daß das Problem besserer Nachbarschaft so leicht nicht zu lösen sei.

Das Thema Bergwirtschaft - es ist nicht Zieglers „Päckchen“ - wurde kurz gestreift. Wessel: „Wir haben deutlich gemacht, daß wir hier in Herten an absolute Grenzen stoßen und über die anstehenden Mengen, die in der Diskussion sind, hinaus nichts mehr zu machen ist.“ Wesentliches Ergebnis des gestrigen Gesprächs: Man will auch weiterhin die Kontakte zwischen RAG und Stadt Herten vertiefen.

W. F. 3. 15.7.81



RAG-Arbeitsdirektor Ziegler in Herten

Jeder siebente Beschäftigte im Bergbau

In den nächsten zehn Jahren sollen 3000 neue Bergarbeiterwohnungen entstehen

RAG-Arbeitsdirektor Fritz Ziegler, ehemaliger Regierungspräsident in Arnsberg, informierte sich gestern im Rathaus über besondere Probleme der Stadt Herten. Mit von der Partie waren Alfons von Bronk, Leiter des Personalwesens der RAG und Heinz Klein, Leiter des Unternehmensbereiches Wohnungswirtschaft der Ruhrkohle.

Seitens der Stadt nahmen Bürgermeister Wessel, die Beigeordneten Hodde, und Lauzeningks, die Fraktionsvorsitzenden der drei im Rat vertretenen Parteien Steinhart (SPD), Josef Surmann (CDU) und Peter Gengenbach (FDP) teil, außerdem Stadtkämmerer Dr. Adamaschek, Stadtbaurat Günther und Stadtrechtsrat Holl.

In erster Linie ging es um den Bergarbeiterwohnungsbau in der Stadt, um den hohen Bevölkerungsanteil ausländischer Bergarbeiter und um die Bergehaldenproblematik. Bürgermeister Wessel legte insbesondere die Schwierigkeiten der Stadt dar und verwies in diesem Zusammenhang auf Kinderprobleme, Wohnsituation und Wohnungsbau.

RAG-Direktor Ziegler, der zuvor eine Grubenfahrt auf

der Schachanlage Ewald unternommen hatte, auf der er selbst 15 Jahre als Bergmann und Steiger beschäftigt war, verwies darauf, daß auf den drei Schachanlagen in Herten nahezu jeder siebente Beschäftigte Arbeit und Brot findet.

Von den 17 700 Erwerbstätigen in Herten seien 11 618 im Bergbau der Stadt beschäftigt. Auch sei der Bergbau der größte Wohnungsnehmer in dieser Stadt. Von 27 900 Einheiten würden allein 7000 von Bergleuten bewohnt. Es sei jedoch geplant, in den nächsten zehn Jahren weitere 3000 Wohnungseinheiten hinzuzubauen. Man müsse aber rechtzeitig beginnen mit der Planung, damit es in dieser Hinsicht keine Fehlplanungen gäbe.

Wir kommen in der nächsten Ausgabe noch einmal auf dieses Thema zurück.



BEIM BESUCH IN HERTEN (v.l.n.r.) Arbeitsdirektor Fritz Ziegler, Bergwerksdirektor Horst Sproßmann (Ewald) und Jochen Keutel, Angestelltenvertreter bei Ewald. (Bild: Ende)

13 / 8.81

47.

Brief an BI-Halde

Minister Zöpel dankt für Versatz-Anregung

Untertageversatz sollte baldmöglichst gesteigert werden

HERTEN. Der Schriftwechsel zwischen Landes- und Bundesministerien und Bürger der Stadt Herten ist äußerst rege. Der Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Christoph Zöpel, antwortete Joachim Jürgens, einem Vertreter der Bürgerinitiative „Halde Herten“. In dem Brief heißt es:

Für die Zusendung Ihrer Broschüre zum Thema „Blasversatz“ danke ich Ihnen sehr. Sie enthält viele Anregungen, die in Zukunft bei der Haldenplanung — soweit möglich — berücksichtigt werden können. Deshalb habe ich eine Ablichtung der Studie auch dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr als oberste Bergbehörde zugesandt.

Wie Sie wissen, bin ich ebenfalls der Auffassung, daß baldmöglichst der Untertageversatz quantitativ spürbar gesteigert werden sollte, um in zunehmendem Maße die Freiräu-

me des Reviers vor Inanspruchnahme durch Bergeverkipfung zu schützen.

Leider ist die Möglichkeit einer Versatzsteigerung bis zum Vollversatz nicht bzw. noch nicht bei jeder Schachanlage gegeben und es gibt auch Grenzen, dieses zu verwirklichen. Seien sie gleichwohl versichert, daß hier das Ziel nicht aus den Augen verloren wird und jede neue Erkenntnis auf dem Gebiet der Versatztechnik zur Entlastung bei Haldenproblematik in die Praxis umgesetzt wird, sofern dieses vertretbar erscheint.

Auf Drängen des Bürgermeisters

Minister Zöpel hat Besuch angekündigt

14.7.81

Fragenkatalog zu Förderungsmaßnahmen

HERTEN. (rkl) Zitiert wird er seit Monaten von Haldengegnern, Verkehrsplanern, Politikern, Ämtern, Bürgerinitiativen und so weiter ... Dr. Christoph Zöpel, seines Zeichens nordrhein-westfälischer Minister für Landes- und Stadtentwicklung, kommt der Bitte des Bürgermeisters Willi Wessel nach und stattet der Stadt Herten am 4. August seinen ersten offiziellen Besuch ab. Nach mehreren kurzen „Stippvisiten“ in inoffizieller Mission - so auf dem Gelände des entstehenden RZR - wird Zöpel sich bei seinem Exkurs in unsere Stadt genug Zeit mitbringen, um detaillierten Gesprächen zur Innenstadtsanierung, zur Haldensituation und zu anderen aktuellen Themen beizuwohnen.

Auch der Regierungspräsident aus Münster (oder sein Vertreter) wird bei dem Ministerbesuch anwesend sein. Der Fragenkatalog, der im Rathaus schon jetzt vorbereitet wird, ist umfangreich. So hofft Wessel auf klare Aussagen des Ministers zu der Frage, inwieweit künftig die Kosten für Industrieansiedlungen vom Land übernommen werden - eine für Herten lebenswichtige Frage.

Weiterer Schwerpunkt der Konsultationen: die Sanierung und Wohnbebauung der Innenstadt (das Hertener Zentrum gilt landesweit als

eines der intensivsten Sanierungsprojekte). Auch das Gelände des alten Schweisfurth-Gebäudes im innenstadtnahen Bereich soll den Düsseldorf-Gast beschäftigen: nach einem 1979 durchgeführten Ideenwettbewerb zur weiteren Bebauung der Fläche erwartet Wessel nun ein „klares Wort“, wie es um die Bewilligung von Sondermitteln an der Feldstraße bestellt ist.

Zöpel wird am 4. August um 15 Uhr im Rathaus erwartet; er wird bis zum frühen Abend in Herten verweilen.

4.8.81. H. 17.

Fragen an Zöpel

Herten. Ein Minister kommt; ein Katalog von Fragen wartet auf ihn: Am heutigen Dienstag stattet Dr. Christoph Zöpel, nordrhein-westfälischer Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Herten seinen ersten offiziellen Besuch ab. Neben Vertretern des Hertener Rates und der Verwaltung wird auch der Münsteraner Regierungspräsident (oder sein Stellvertreter) bei dem ganztägigen Besuch anwesend sein.

Von dem Besuch werden Aussagen des Landespolitikers zu Fragen wie der Innenstadt-Sanierung und der finanziellen Unterstützung bei Industrie-Ansiedlungen erwartet. Auch die weitere Finanzierbarkeit der Bramhügel-Bebauung (dort entstehen zur Zeit etwa 80 Wohneinheiten) wird Gegenstand der Gespräche sein.

Auch die Bürgerinitiative „Halde“ hat sich mit einem offenen Brief zu Wort gemeldet. Sie will dem Minister anlässlich seines Besuches folgende Fragen stellen:

„Fragen Sie den KVR, warum die Vertunnung der Ewaldstraße geplant wird (wurde)?“

Fragen Sie den KVR, wieviel Tonnen Schwefeldioxid pro Jahr aus

den beiden Schornsteinen des KZR kommen, wenn pro Jahr 450 000 Tonnen Müll verbrannt werden?

Fragen Sie den Regierungspräsidenten, ob der Antrag des KVR auf Erweiterung des RZR, die schon so gut wie feststeht, bei ihm vorliegt?

Fragen Sie den Stadtdirektor von Herten, wie hoch zur Zeit die Staubimmissionen im Süden der Stadt Herten sind?

Fragen Sie die BAG Lippe, warum in dem bestellten Klimagutachten von der TU Berlin nur 150 ha zur Begutachtung vorgegeben wurden und nicht die Fläche der wirklich geplanten Superhalde von 240 ha?“

Stellvertretend für sie — so meint die Bürgerinitiative — sollte der Minister durch diese Fragen klärende Aussagen der angesprochenen Institutionen herbeiführen.

Offener Brief der Bürgerinitiative „Halde“ zum heutigen Ministerbesuch

Dr. Zöpel soll Fachleuten viele Fragen stellen

Der NRW-Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Dr. Christoph Zöpel, stattet heute als erster Stadt im Kreisgebiet einen offiziellen Besuch ab. Er wird sich — wie berichtet — über die Probleme in Europas größter Bergbaustadt informieren und auch voraussichtlich zusammen mit Regierungspräsident Dr. Erwin Schleberger eine „Haldenbesteigung“ vornehmen. Aus diesem Anlaß hat die Bürgerinitiative „Halde“ Herten einen offenen Brief an den Landesminister geschrieben. Es heißt wörtlich:

„Am 4. August dieses Jahres werden Sie nach Herten kommen. Wir freuen uns über Ihren offiziellen Besuch in unserer Stadt und wünschen Ihnen einen angenehmen Aufenthalt.“

Wie wir der Presse entnommen haben, werden Sie mit den vielfältigen Problemen der Stadt konfrontiert werden. Die Liste der Gesprächsthemen ist lang. Ohne das Gewicht und die Bedeutung der übrigen Themen auch nur im mindesten schmälern zu wollen, meinen wir, daß die Su-

perhalde und das dahinterliegende Rohstoffrückgewinnungszentrum alles andere in den Schatten stellen (sogar wörtlich genommen).

Sehr geehrter Herr Minister, schon vor einigen Monaten haben wir Sie als sehr aufmerksamen und gutinformierten Gesprächspartner kennengelernt, als wir Ihnen den Protest von mehr als 8000 Herten-Bürgern gegen die Superhalde überbrachten.

Wir freuen uns, daß Sie jetzt die Gelegenheit haben, von kompetenten Fachleuten Informationen aus erster Hand

zu erhalten. Wir möchten Sie bitten, diese Situation zu nutzen und (stellvertretend für uns) eine Reihe von Fragen zu stellen:

Fragen Sie den Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR), warum die Vertunnelung der Ewaldstraße geplant wird (wurde)?

Fragen Sie den KVR, wieviel Tonnen Schwefeldioxyd pro Jahr aus den beiden Schornsteinen des RZR kommen, wenn pro Jahr 450 000 Tonnen Müll verbrannt werden?

Fragen Sie den Regierungs-

präsidenten, ob der Antrag des KVR auf Erweiterung des RZR, die schon so gut wie feststeht, bei ihm vorliegt?

Fragen Sie den Stadtdirektor von Herten, wie hoch zur Zeit die Staubimmissionen im Süden der Stadt Herten sind?

Fragen Sie den Bergbau AG Lippe, warum in dem bestellten Klimagutachten von der TU Berlin nur 150 ha zur Begutachtung vorgegeben wurden und nicht die Fläche der wirklich geplanten Superhalde von 240 ha?

Sehr geehrter Herr Minister, wir hoffen für Sie, daß Sie auf

diese oder ähnliche Rückfragen zufriedenstellende Antworten erhalten. Sollten Sie jedoch keine ausreichenden Informationen erhalten, dann trösten Sie sich mit uns. Wir machen eine solche Erfahrung schon seit längerer Zeit.

Damit Sie aber nicht ganz mit leeren Händen von Herten weggehen, gestatten wir uns, Ihnen unsere Erarbeitung Nr. 4 zu überreichen: „Stellungnahme zur Großhalde aus medizinischer Sicht“. Wir würden uns freuen, gelegentlich von Ihnen Antwort zu erhalten.“

Gutachten seit zwei Monaten bei BAG

Bürgerinitiative: Voller Widersprüche

3.8.81

H.F.

„Läßt erkennen, daß er vor Ort nichts untersucht hat“

HERTEN. Die Bürgerinitiative Halde hat erfahren, daß der BAG Lippe seit mehr als zwei Monaten das in Berlin bestellte Klimagutachten vorliegt. Zu einer ausführlichen Information und Diskussion dieses Papiers wird die Initiative im September einladen. In einer Presseerklärung gehen Friedrich und Gertrud Halfmann, Grünberger Straße 14, als Vertreter der Bürgerinitiative auf einige Punkte dieses Gutachtens ein. Sie schreiben:

„Das Berliner Gutachten bezieht sich auf eine Fläche von 150 ha, nämlich die geplante Hohewardhalde. Die betriebsplanmäßig zugelassene Hoppenbruchhalde spielt in diesem Gutachten merkwürdigerweise keine Rolle. Die Gesamtfläche der Superhalde beträgt jedoch 240 ha. Können zuverlässige Klimadaten ermittelt werden, wenn von falschen Voraussetzungen ausgegangen wird?“

Der Gutachter, Prof. Horbert, kommt zu folgendem Ergebnis: Eine allgemeine Beeinträchtigung des Klimas für die Stadt Herten durch die im Süden geplante Halde Hoheward könne mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Bauliche Veränderungen im Stadtbereich hätten stärkere Veränderungen des Kleinklimas zur Folge.

Der Gutachter widerspricht sich selbst: An anderer Stelle des Gutachtens weist er darauf hin, daß Stadtbauung und Hohewardhalde klimatologische und lufthygienische Auswirkungen ähnlicher Art haben. Zumindest im südlichen Baugebiet vor der Autobahn dürften die Folgen beträchtlich sein. Am Fuß des Nordhanges der Halde wird sogar eine hohe Immissionsgefährdung befürchtet. Im Zusammenhang mit der höher gelegenen Autobahn ist nach Prof. Horbert schon jetzt die Belüftung im Süden nicht mehr ausreichend. Zitat: „Ob die von der Halde abfließende Kaltluft vor der Autobahn aufgestaut wird oder

mit den Immissionen in die Wohngebiete abfließt, kann ohne örtliche Untersuchung nicht beantwortet werden.“

Es wird mehrfach auf Luftstaugebiete nicht nur nördlich der Halde, sondern auch im Gewerbegebiet hingewiesen. Dabei spielt das Tal zwischen der Hohewardhalde und der Hoppenbruchhalde (Trasse der Zechenbahn) eine große Rolle für die Durchlüftung. Wenn dieses Tal schon so wichtig ist, um wieviel wichtiger für die Durchlüftung wäre die Freihaltung des Hohewardtales, zumal dieses in der Richtung der hauptsächlichen Windrichtungen liegt. Wieso spielt das Hohewardtal in dem Berliner Gutachten überhaupt keine Rolle mehr? Es hat nämlich neben den menschlichen Gründen beachtenswerte klimatologische Gründe, das Hohewardtal zu erhalten.

Der Gutachter läßt mehrfach erkennen, daß er vor Ort nichts untersucht hat. Seine Aussagen beruhen fast ausschließlich auf Theorien. Es wundert uns überhaupt nicht, daß die BAG Lippe dieses Gutachten bis heute nicht veröffentlicht hat.

Kreuzwegbeten

Herten. Zum Kreuzwegbeten läßt die Alten- und Rentnergemeinschaft der Gemeinde St. Maria Langenbochum ein. Das Beten beginnt am Donnerstag, 6. August nach der Messe um 15 Uhr.